

Jugendhilfeausschuss - 24.01.2024 17.00 Uhr – 18:53 Uhr öffentliche Sitzung

Top 1 Eröffnung der Sitzung

Ausschussvorsitzender Bolz eröffnet die Sitzung um 17:04 Uhr.
Die Beschlussfähigkeit und die ordnungsgemäße Einladung wird festgestellt.

Frau Sarah Wolff wird als beratendes Mitglied vereidigt.

Die vorliegende Tagesordnung wird um zwei Anträge der SPD ergänzt und unter **TOP 4** behandelt.

Top 2 Genehmigung der Niederschrift

Ausschussvorsitzender Bolz hat zum letzten Protokoll zwei Anmerkungen. Er bittet darum das Protokoll in der Zukunft zeitnäher zur Verfügung zu stellen und darauf zu achten, dass die Anwesenden den entsprechenden Bereichen korrekt zugeordnet sind. Die fehlende Vorlage der Arbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtspflege des Rheinisch Bergischen Kreises liegt der heutigen Sitzung als Tischvorlage vor.

Die Niederschrift vom 29.11.2023 wird einstimmig genehmigt.

Abstimmung:

Ja	Nein	Enthaltung
10	0	0

Top 3 Antrag der SPD-Fraktion: Erstellung eines Neubaus der OJO-Werkstatt am heutigen Standort

Ausschussvorsitzender Bolz erklärt, dass der Antrag schon im letzten Stadtrat vorlag. Der Antrag sei nunmehr dem JHA gegenüber gestellt worden. Die Frage sei, ob mit diesem Antrag so verfahren werde, wie ein vergleichbarer Antrag der SPD Fraktion zum Thema *Aufenthaltssorte von Jugendlichen*. Dies könnte den Wissenschaftler/-innen, die derzeit die Evaluation erstellen, zur Verfügung gestellt werden und die Anträge zu einem gegebenen späteren Zeitpunkt beraten werden.

Ratsmitglied Schlömer weist darauf hin, dass in der Ratssitzung abgestimmt worden ist, ob der Antrag in diesen Ausschuss verwiesen wird. Dies ist abgelehnt worden. Der Antrag sei nicht inhaltlich abgelehnt worden. Er erläutert den Antrag daraufhin inhaltlich. Insbesondere gehe es darum einen Standort in der Stadtmitte zu erhalten und dabei auch das angrenzende Grundstück (ehemalige Overather Tafel) in die Betrachtung miteinzubeziehen.

Ratsmitglied Jilly merkt an, dass es zu diesem Zeitpunkt keinen Sinn mache der Verwaltung einen entsprechenden Prüfauftrag zu erteilen, da man befindet sich gerade in einem Evaluationsprozess befinde. Dieser Prozess sei professionell angelegt und ergebnisoffen.

Ratsmitglied Kohkemper stimmt Herrn Jilly im Großen und Ganzen zu. Er hätte es gut gefunden, wenn ein solcher Antrag nach der Evaluation gestellt worden wäre. Er empfinde die Reihenfolge als falsch.

Ratsmitglied Schlömer weist darauf hin, dass im Anschluss an die Evaluation noch der Jugendförderplan zu erstellen sein werde. Dies dauere sicherlich noch zwei Jahre.

Möglicherweise könne man mit dem Gebäude nicht mehr so lange warten. Man könne den Antrag aber so lange vertagen, bis man die Ergebnisse der Evaluation habe.

Ausschussmitglied Karrasch ist es wichtig, dass die OJO an diesem bewährten Standort bleibe. Sie stimmt Herrn Schlömer zu, dass man gut vorbereitet sein muss, sollten bauliche Schäden aktuell werden.

Beratendes Mitglied Wolff verstehe den partizipativen Gedanken, dass man Jugendarbeit dort etabliere, wo Jugendliche am besten erreicht werden. Dieses Gebäude sei im aktuellen Zustand langfristig keine Option.

Bürgermeister Nicodemus merkt an, dass man schlecht beraten sei die Fläche neben der OJO bald zu veräußern. Er könne sich nicht vorstellen, dass ein Verkauf in nächster Zeit anstehe. Sollte sich der jetzige OJO Standort als bewährt herausstellen, dann werde man sich Gedanken machen, wie der jetzige Standort so ertüchtigt werde, dass er für die nächsten 20-30 Jahre als Jugendzentrum funktionieren könne.

Ausschussvorsitzender Bolz betont, dass niemand die offene Jugendarbeit als in Frage stelle. Der breiten Mehrheit im Raum sei daran gelegen eine zukunftsfähige offene Jugendarbeit zu entwickeln und zu sichern.

Ausschussvorsitzender Bolz schlägt vor, dass ein Kompromiss so aussehen kann, dass der Ausschuss das Anliegen dieses Antrages zur Kenntnis nimmt und die Beratungen dieses Antrages verschoben werden bis zur Vorlage der Ergebnisse der Evaluation.

Ausschussvorsitzender Bolz stellt den Vorschlag zur Abstimmung. Dieser wird einstimmig angenommen.

Abstimmung:

Ja	Nein	Enthaltung
10	0	0

Top 4 Zwei Anträge der SPD-Fraktion: Investitionsprogramm für den offenen Ganztage und Kita und Planungskosten für Baumaßnahmen

Ratsmitglied Schlömer erklärt, dass man kurzfristig die beiden beschlossenen Anträge aus der Haushaltsklausur von Samstag dem Ausschuss als Tischvorlage zur Kenntnis geben möchte. Es ist im Wesentlichen ein Antrag zum Haushalt. Er betrifft für diesen Ausschuss den Bereich Kita

und OGS. Bereits in der letzten Sitzung des Schul- und Sportausschusses habe er angedeutet, dass sehr viele Investitionsmaßnahmen in der mittelfristigen Planung fehlen. Das könne man dem neuen Kämmerer nicht anlasten. Herr Zulauf könne die Projekte nicht kennen, die seit Jahren in den Köpfen seien. Mittel für die Planungen müssten schon im Haushalt 2024 verankert sein.

Bürgermeister Nicodemus erläutert, dass in Bezug auf den Bau einer neuen Kita verschiedene Investitionsmodelle geprüft werden. Einen Erinnerungsansatz mit in die Finanzplanung für Kita und OGS-Weiterentwicklung aufzunehmen sei unkritisch. Konkret beziffern könne man das Ganze noch nicht.

Ausschussvorsitzender Bolz weist darauf hin, dass bereits im Sommer letzten Jahres der Kinderbetreuungsbedarfsplan beraten und die Bedarfe einvernehmlich festgehalten worden seien.

Ratsmitglied Schlömer erläutert, dass man bewusst zwei Anträge gestellt habe. Das Investitionsprogramm könnte man noch im laufenden Jahr aufbauen. Man könne auch einen Nachtrag für den Haushalt machen. Das seien Themen, die aber noch im HFA und im Rat besprochen werden müssen.

Ratsmitglied Jilly bestätigt, dass es ein Investitionsprogramm brauche und er sei verwundert, dass es das nicht schon konkret gebe. Die Bedarfsanalyse sei die Grundlage für die Bedarfsplanung und die Investitionsplanung und sollte schon im Prozess sein. Es sei im Mai ein Beschluss gefasst worden, der besage, dass eine jährliche Fortschreibung mit einer konkreten Maßnahme als Prognose für die Haushaltsplanung erstellt wird. Somit sei ein entsprechender Beschluss bereits getroffen.

Ratsmitglied Kohkemper bestätigt dies.

Bürgermeister Nicodemus schlägt vor, die Ansätze als Erinnerungspositionen mit aufzunehmen.

Amtsleiter Volkmer berichtet über die aktuelle Kitasituation. Die Bedarfsanalyse für die Kindertagesbetreuung sei selbstverständlich die Grundlage für weitere Planungen. Die geplante Ersatzgruppe in Marialinden werde voraussichtlich mit 20-25 Plätzen Ende März an den Start gehen. Zusätzlich werde in Vilkerath bei der Elterninitiative „Die Maulwürfe e. V.“ ab Sommer 2024 eine Waldgruppe neu geschaffen. Im Gespräch sei man auch mit der „Kindergemeinschaft Sülztal“ für den Anbau einer weiteren Gruppe. Zudem strebe man den Bau einer neuen KiTa in der Größenordnung von vier Gruppen. Hier sei man zuversichtlich in der Umsetzung dieses großen Kraftaktes bald konkreter werden zu können. Jede Woche sei man mit allen Beteiligten der Verwaltung im Gespräch über Standorte und mögliche Trägerschaften. Das Thema habe hohe Priorität.

Ratsmitglied Schlömer informiert darüber, dass seitens der Kirche in den nächsten Jahren zwei Kitas schließen werden. Dies seien die Kitas in Vilkerath und Steinbrück. Dies müsse bei der Planung Berücksichtigung finden. Deshalb sei im Antrag vom Bau von bis zu drei Kitas die Rede.

Beratendes Mitglied Stegmann-Rönz hat eine Anmerkung zu den unterschiedlichen Aussagen zu der konkreten Bedarfslage an Kita-Plätzen in Overath.

In der Vorlage aus August habe man von Seiten des Paritätischen wahrgenommen, dass sehr knapp mit den Plätzen kalkuliert worden sei. Sie bittet darum in einer der nächsten JHA-Sitzungen nochmal die Bedarfslage konkretisiert darzustellen.

Amtsleiter Volkmer antwortet, dass die Bedarfsanalyse ernst genommen wird und in der Gänze laufend aktualisiert wird. Das Thema der katholischen Kitas habe man bisher bewusst ausgeklammert, da noch nicht klar ist wann und wie diese Vorhaben umgesetzt werden.

Bürgermeister Nicodemus merkt an, dass es in Overath noch nicht so knapp sei, wie teils in anderen Kommunen. Die Entwicklung in der katholischen Kirche sei sicherlich eine schwierige Situation und betrüblich. Man werde für diese Kinder sicherlich Alternativen finden.

Kämmerer Zulauf schlägt vor, dass man für die OGS Sülztal, Vilkerath und Immekeppel jeweils 50.000,00 € in den Haushalt einstellen könne. Für die Kitas werde er ein Erinnerungsansatz von jeweils 1.000,00 € aufnehmen. Dann lasse sich im Laufe des Jahres klären, wie hier weiter zu verfahren sein wird.

Ausschussvorsitzender Bolz merkt an, dass man in den nächsten JHA Sitzungen konkretere weitere Schritte zu diesen beiden Anliegen vertiefen und diskutieren kann.

Ratsmitglied Schlömer ist dafür die weitere Beratung im HFA und im Stadtrat zu führen und die Zahlen konkret abzustimmen. Die Intention beider Anträge sei hiermit Folge geleistet. Wenn heute keine Beschlüsse gefasst werden, habe man zumindest einen Beratungsstand. Die Vorschläge des Kämmerers seien in Ordnung, aber man würde noch gerne (z.B. Kita) bei den Posten nacharbeiten.


Bürgermeister Nicodemus merkt an, dass große Beträge im investiven Bereich vorgesehen seien. Sollte sich eine Planung konkretisieren, dann würde man nach Abstimmung in den politischen Gremien eine Möglichkeit finden ggf. über Verpflichtungsermächtigungen und Neuveranschlagung im Folgejahr bestimmte Dinge abzudecken.

Ausschussvorsitzender Bolz regt an, die formulierte Aussage des Kämmerers Zulauf zur Kenntnis zu nehmen und die beiden Anträge für heute abzuschließen. Sie sollen dann in den nächsten JHA Sitzungen im Sinne des Investitionsprogramms behandelt werden.

Der Ausschuss erklärt sich einverstanden.


TOP 5 Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2024, Produktbereich Jugend

Amtsleiter Volkmer verweist auf den vorliegenden Haushaltsentwurf. Er konkretisiert anhand einer Präsentation nachstehende Haushaltspunkte.

<h1><u>Personal</u></h1> 
<p><u>Zusätzlich:</u></p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Beistandschaften (0,5) 2. Verfahrenslotse gem. §10b SGBVIII (0,5)

In Sachen Personal- und Stellenbesetzung wird es in 2024 notwendig sein eine 0,5 Stelle Beistandschaft zu schaffen. Zur Erklärung: Eine Beistandschaft kann man einrichten lassen, wenn man alleinerziehender Elternteil ist. Das Jugendamt hat die Aufgabe die Vaterschaftsfeststellung voranzutreiben und den Unterhalt des Kindes geltend zu machen. Hier seien die Fallzahlen gestiegen und durch eine Umstrukturierung innerhalb des Amtes 51 sei diese halbe Stelle zusätzlich notwendig geworden. Eine 0,5 Stelle wird als Verfahrenslotse im Amt 51 geführt werden. Das sei eine neue gesetzliche Pflichtaufgabe. Ab dem 01.01.2028 wird es so sein, dass das Jugendamt für alle minderjährigen Menschen, die von einer Behinderung betroffen sind, zuständig sein wird. Für den Weg bis dahin, müsse die Fachkompetenz organisiert werden und es soll ein Verfahrenslotse installiert werden um betroffene Familien durch die Behördengänge und Anträge zu lotsen und zu unterstützen.

OGS



Stadt an Agger und Sülz

2024

Grundschule	Gesamt	Landesmittel	Elternbeiträge	Kommunale Mittel nach Abzug	
Helligenhaus	321.680,00 €	178.464,00 €	84.240,00 €	58.976,00 €	
Sülzthal	510.110,00 €	283.350,00 €	140.530,00 €	86.230,00 €	bei Sülzthal + 1 Gruppe = 30 Kinder
Vilkerath	235.600,00 €	132.120,00 €	60.840,00 €	42.640,00 €	
Marialinden	519.800,00 €	295.464,00 €	131.820,00 €	92.516,00 €	
Immekeppel	278.640,00 €	155.292,00 €	64.740,00 €	58.608,00 €	
Overath	501.970,00 €	279.174,00 €	131.040,00 €	91.756,00 €	
	2.367.800,00 €	1.323.864,00 €	613.210,00 €	430.726,00 €	Betrag / Schüler (787) 547,39 €

2023


Grundschule	Gesamt	Landesmittel	Elternbeiträge	Kommunale Mittel nach Abzug	
Helligenhaus	298.820,00 €	166.780,00 €	77.384,00 €	54.656,00 €	
Sülzthal	422.970,00 €	243.490,00 €	108.125,00 €	71.355,00 €	
Vilkerath	220.500,00 €	128.200,00 €	56.900,00 €	35.400,00 €	
Marialinden	407.570,00 €	234.500,00 €	84.971,00 €	88.099,00 €	
Immekeppel	242.810,00 €	136.400,00 €	62.211,00 €	44.199,00 €	
Overath	422.500,00 €	234.045,00 €	110.007,00 €	78.448,00 €	
	2.015.170,00 €	1.143.415,00 €	499.598,00 €	372.157,00 €	Betrag / Schüler (680) 547,29 €

2022

Grundschule	Gesamt	Landesmittel	Elternbeiträge	Kommunale Mittel nach Abzug	
Helligenhaus	303.070,00 €	167.180,00 €	80.000,00 €	55.890,00 €	
Sülzthal	416.120,00 €	236.640,00 €	105.670,00 €	73.810,00 €	
Vilkerath	240.790,00 €	135.667,00 €	61.140,00 €	43.983,00 €	
Marialinden	346.695,00 €	203.110,00 €	84.540,00 €	59.045,00 €	
Immekeppel	238.430,00 €	130.740,00 €	63.400,00 €	44.290,00 €	
Overath	431.778,00 €	238.980,00 €	113.220,00 €	79.578,00 €	
	1.976.883,00 €	1.112.317,00 €	507.970,00 €	356.596,00 €	Betrag / Schüler (673) 529,86 €

Hier ist eine Steigerung von 2022-2024 erkennbar. Man strebe an im Sülzthal weitere 30 Plätze durch eine zweite Waldgruppe zu schaffen. Der Betrag pro Schüler für die Kommune sei nicht gestiegen. Hier bleibe man stabil. Dass der Bereich dennoch immer kostenintensiver wird, ist dem weiteren notwendigen Ausbau der Platzkapazitäten geschuldet.

Kindertagesstätten



Stadt an Agger und Sülz

2022 (vorl. Ergebnis)	2023 (Ansatz)	2024 (Ansatz)
4.898.407 €	5.034.258 €	5.095.038 €

**Es gibt 17 Kitas mit aktuell 50 Gruppen (demnächst 52).
Insgesamt sind ab Sommer 2024 1022 Kinder in
Overather Kitas (Durschnittl. 20 Kinder/Gruppe).**

Hier sei die Steigerung vor dem Hintergrund, dass die Träger dieselben Probleme haben wie die Kommunen (Energiekostensteigerung und Tarifierhöhungen) moderat. Das Land habe sich spät geäußert, wie die Betriebskostenzuschüsse aussehen sollen. Man geht aber davon aus, damit hinzukommen.

Kindertagespflege



2022 (vorl. Ergebnis)	2023 (Ansatz)	2024 (Ansatz)
1.038.842 €	1.167.552 €	1.591.032 €

Es gibt in OV 170 Kinder in Tagespflege, 43 Tagespflegepersonen = 4 Kinder/TPP
Durchschnittliche Betreuungszeit pro Kind, pro Tag = 7,4 Std.

Hier gebe es eine deutliche Steigerung. Der Ausbau der Kindertagespflegeplätze wird angestrebt und man freue sich über jeden, der Tagespflegperson werden möchte. Die Steigerung komme vor allem dadurch zustande, dass bisher relativ viele Kinder, die nicht aus Overath kommen, in Overather Tagespflegestellen waren. Das habe sich gewandelt, so dass inzwischen mehr Overather Kinder einen Betreuungsplatz haben. Deshalb kommt in 2024 der höhere Haushaltsansatz zustande.

170 Kinder sind in Tagespflege bei 43 Tagespflegpersonen. Der Durchschnitt liege bei 4 Kindern pro Tagespflegperson und 7,4 Std. pro Tag als Betreuungszeit.

Hilfen zur Erziehung (§ 27 ff SGB VIII)



2022 (vorl. Ergebnis)	2023 (Ansatz)	2024 (Ansatz)
4.050.050 €	3.991.839 €	4.457.715 €

Dieser Bereich sei in jeder Kommune ein großes Thema und im bundesweiten Schnitt die zweitgrößte Ausgabe der Kommunen nach den Kosten für Wohnraum. Der Effekt der Kostensteigerung erkläre sich insbesondere dadurch, dass die stationären Träger und auch

die ambulanten Träger die Entgeltvereinbarungen entweder mit uns oder anderen Kommunen mit einer 7-8% Erhöhung verhandelt haben.


Diese Kosten kann man kaum steuern. Eine Steuerung könne durch sozialarbeiterische/pädagogische Überlegungen erfolgen. Ziel sei es eine familienfreundliche und für Kinder und Jugendliche eine lebenswerte Stadt zu sein und gleichzeitig mit den vorhandenen Mitteln effizient umzugehen.

Abteilungsleiter (ASD) Heine-Mattick erläutert, dass eine große Steuerungsmöglichkeit sei, die Dinge, die wir selber tun können, auch zu tun (zum Beispiel Erziehungsberatung). Das sei der Anspruch und dies sei auch mit der guten personellen Situation umsetzbar. Ein weiterer Wirkfaktor sei, möglichst ambulante vor stationärer Hilfen einzusetzen und genau zu schauen, was die Familien brauchen und was effizient sei. Man befriste inzwischen Maßnahmen um sich selber in die Pflicht zu nehmen, Hilfen so zu gestalten, wie die Menschen sie brauchen. Der Anspruch sei, dass es keinen Verlust an Qualität gebe.

Amtsleiter Volkmer ist erfreut, dass die Personalsituation im Allgemeinen Sozialen Dienst in Overath sehr gut sei.

Abteilungsleiter ASD Heine-Mattick erläutert weiter, dass es im Jahr 2023 233 neue Fälle gegeben habe. Ein Großteil davon sei bewerkstelligt worden ohne Kosten durch die Beauftragung freier Träger verursacht zu haben.

<u>Eingliederungshilfe</u> (§ 35a SGB VIII)		
2022 (vorl. Ergebnis)	2023 (Ansatz)	2024 (Ansatz)
1.081.329 €	1.186.156 €	1.261.989 €



Amtsleiter Volkmer erläutert den Punkt der Eingliederungshilfe. Es gehe hier um seelische Behinderungen oder drohende seelische Behinderungen, z.B. Autismus oder anderen Störungen, mit denen man sich zu beschäftigen habe. Der hohe Betrag im Haushaltsansatz resultiere hauptsächlich aus Schulbegleitungen für Kinder, welcher sich mehr und mehr auch auf den Nachmittagsbereich (OGS) ausdehne. In anderen Kommunen sei gerade dieser Posten in den letzten Jahren enorm gestiegen und die Kosten in Overath seien vergleichsweise moderat. Die bereits genannten Steuerungsmethoden und ein gutes Controlling der Fälle behalte man im Blick.

Ausschussvorsitzender Bolz bedankt sich für die gute Zusammenfassung und Übersicht. Die Darstellung solle bitte in die Niederschrift einfließen.

Ratsmitglied Schlömer bedankt sich für das engagierte Bewirtschaften der Jugendhilfe und die sehr gute geleistete Arbeit.

Bürgermeister Nicodemus hält fest, dass Kindern und Jugendlichen bedarfsgerecht geholfen werde. Dies müsse nicht immer die teuerste Maßnahme sein. Wenn man die personellen Ressourcen habe, die Kinder und Familien individuell zu begleiten, lohne sich das häufig auch finanziell. Es gehe aber nicht darum die Kosten zu drücken, sondern es stehe im Vordergrund die geeigneten Maßnahmen für Kinder und Jugendliche zu finden.

Ratsmitglied Kohkemper schließt sich Herrn Schlömer an und sieht ein qualitativ sehr gut aufgestelltes Jugendamt. Das Wohl der Kinder stehe im Mittelpunkt und es geht nicht immer ums Geld. Es ist schön, dass im Jugendamt derzeit kein Fachkräftemangel vorliege und alle Stellen besetzt sind.

Amtsleiter Herr Volkmer informiert in diesem Zusammenhang, dass man leider eine sehr gut ausgebildete Kollegin nicht halten konnten, weil keine freie Stelle vorhanden war.

Ratsmitglied Jilly schließt sich den Vorrednern mit dem Lob an. Er sei erfreut darüber, dass in der doch eher zahlenlastigen Haushaltssitzung jedes zweite Wort zu einem Qualitätsbegriff gehört. Es gehe um passgenaue und individualisierte Hilfen für Kinder und Jugendliche. Er finde es bemerkenswert, dass diese Haltung in einer Haushaltssitzung herauszuhören sei und der Dank gelte an dieser Stelle ganz besonders den Mitarbeitenden im Jugendamt.

Ausschussmitglied Projahn schließt sich dem Lob an und möchte wissen, wie die Situation ukrainischer geflüchteter Kinder und deren Familien sei. Im Speziellen interessiere sie, inwieweit die Inanspruchnahme an Psychotherapie zugenommen habe.

Amtsleiter Volkmer antwortet, dass psychotherapeutische Kosten nicht in den Bereich der Jugendhilfe fallen.

Oftmals sei es bei geflüchteten Familien so, dass die ganze Familie Unterstützung braucht. Dies werde etwa in familientherapeutischen Hilfen mitaufgegriffen. Dieses Thema soll in der nächsten Sitzung des JHA genauer erläutert werden.

Abteilungsleiter ASD Heine-Mattick erklärt, dass gerade die Kriegsflüchtlinge sich oft nicht in dieser Form einlassen wollten, da deren Perspektive eigentlich sei wieder in die Ukraine zurückkehren zu wollen.

Ausschussmitglied Projahn freut sich in diesem komplexen Thema auf weitere Informationen in der nächsten Sitzung.

Ausschussmitglied Renzler hat eine Verständnisfrage. Auf Seite 16 liege der Posten Kinderspielplätze, Zuwendungen und allg. Umlagen immer um 165.000,00 €. In 2024 und 2027 sind es nur 30.000,00 €. Wie komme das zustande?

Kämmerer Zulauf antwortet, dass bei Zuwendungen und Umlagen gewisse Dinge auslaufen. Er müsse genau schauen, welche Zahlen da reinspielen. In der Regel hat es etwas damit zu tun, dass gewisse Fördermaßnahmen auslaufen.

Ausschussvorsitzender Bolz verliest den Beschlussvorschlag: Der Ausschuss hat über das Budget 2024 beraten und empfiehlt dem Rat der Stadt Overath den Beschluss der Haushaltssatzung nebst Anlagen.

Einstimmig angenommen

Abstimmung:

Ja	Nein	Enthaltung
10	0	0

TOP 6 Mitteilungen, Anfragen

Amtsleiter Volkmer teilt mit, dass der durchlaufende Tagesordnungspunkt „Bericht aus dem Jugendamt“ heute entfällt, da diese Sitzung im Zeichen des Haushaltes stehe. In den nächsten Sitzungen werde dieser wieder erfolgen.

Ratsmitglied Schlömer bezieht sich auf die Tischvorlage der Träger der Freien Wohlfahrtspflege im Kreis. Es seien die gleichen Probleme wie im Ganztage: die Finanzierung sei nicht auskömmlich, die Träger machten sich Sorgen. Das Thema müsse auch weiterhin beim Städte- und Gemeindebund Priorität haben. Es gäbe einen guten Bericht von Herrn Hamacher im WDR, was man vom Land erwarten könne und was die Kommunen tun müssten. Er regt an das Thema auch auf der Ebene der Bürgermeister nochmal stark zu machen.

Bürgermeister Nicodemus nehme das Thema gerne nochmal mit. Man sei in der Hinsicht schon aktiv geworden.

Ausschussmitglied Stegmann-Rönz knüpft nochmal an die Tischvorlage an. Hier haben die Trägervertreter ein Gesprächsangebot gemacht. Es sei enorm wichtig, dass diese Dinge in Politik und Verwaltung ankommen und ein Signal für ein Informationsgespräch kommt.

Amtsleiter Volkmer antwortet, dass man mit den Trägern aus Overath im Gespräch sei. In ca. zwei Wochen habe man einen Termin und sei auch sonst in engem Austausch.

Auch Bürgermeister Nicodemus erklärt, dass man mit den freien Trägern in gutem Austausch sei.

Ausschussmitglied Karrasch hat eine aktuelle Nachfrage an den Bürgermeister zur Kindergartensituation, nämlich, ob der Bürgermeister richtig verstanden worden sei, als er in der Presse so wiedergegeben worden sei, dass alle aktuellen Bedarfe in Overath bedient werden können.

Bürgermeister Nicodemus erläutert, er habe der Zeitung gesagt hat, dass man im Laufe des Kindergartenjahres die gesetzlichen Ansprüche abdecken könne.

Ausschussmitglied Karrasch hat in Ihrer Nachbarschaft eine Familie, die zugezogen sei, und deren 4,5-jähriger Sohn bis heute keinen Kita-Platz habe.

Amtsleiter Volkmer verweist diesen Einzelfall an die Abteilung Bildung und Sport und die Abteilungsleitung Frau Hartmann. Die Familie könne sich gerne dort melden.

Ausschussmitglied Bolz schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 18:53 Uhr.